

Italien, unser südliches Nachbarland

Autor(en): **Pavoni-Lezzi, Elsa**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **64 (1970)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141718>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

verfügbar sind: von dieser Dislozierung der Industrie auf das Dorf geht auch ein stärkerer Ansporn auf die lokale Unternehmungslust aus, zudem schafft sie vielseitigere Arbeitsmöglichkeiten für die Landbevölkerung.

Dies sind einige von Maos Erkenntnissen, die heute Gemeingut jener Spezialisten zu werden beginnen, die sich mit Entwicklungsarbeit befassen.

Red.

Italien, unser südliches Nachbarland

Im Frühsommer, dann im Spätsommer und Frühherbst des vergangenen Jahres hatte ich Gelegenheit, mich in verschiedenen Städten Norditaliens aufzuhalten. Trotzdem ich, wie schon oft, von der Schönheit der Landschaft und der Städte gefangen genommen, von der einfachen und herzlichen Art der Bevölkerung beeindruckt war, fielen mir – und ich kam doch aus der «reichen Schweiz», wie die Italiener die Schweiz nennen, wo die Preise hoch und die Löhne ebenfalls hoch sind – überall die unverhältnismässig übersetzten Preise für Nahrung und Kleidung, zum Teil auch für die Wohnungen auf. Ich fragte mich, wie es die Menschen mit ihren niederen Löhnen wohl machten. Von dieser Tatsache aus ist es zu begreifen, dass der sogenannte «heisse Herbst» für die italienische Arbeiterschaft eine Not-Wendigkeit bedeutete. Aber ausser der wirtschaftlich gedrückten Lage, war überall eine Ungeduld wegen der Unfähigkeit der Regierung, greifbare Fortschritte aufzuzeigen, Beschlüsse durchzuführen, zu spüren und festzustellen, sei es in Gesprächen, sei es in der Presse oder auch in den vorerst nur sporadisch auftretenden Streiks. Am 5. Juli 1969 fiel die von Anfang an nicht sattelfeste Vierparteienregierung der Centro-sinistra-Koalition infolge der Spaltung im Partito Socialista Italiano unter der Führung von Pietro Nenni auseinander. Am 5. August übernahm Mariano Rumor die Einparteienregierung der Democristiani, die sich sehr bald als der Lage nicht gewachsen zeigte. Es sei der Wahrheit zuliebe vermerkt, dass der Regierung Rumor ein schweres Erbe zufiel, indem fast gleichzeitig mit dem Regierungsantritt eine ganze Reihe von Gesamtarbeitsverträgen ablief, oder mit Herbstbeginn ablaufen würden. Es waren die Arbeitsverträge von über fünf Millionen Arbeitnehmern, die zahlenmässig zu den wichtigsten Berufskategorien gehören, wie Metallarbeiter, Bauarbeiter, Chemiarbeiter, Gaststättenangestellte, Landarbeiter, um nur die wichtigsten aufzuzählen. Diese nach und nach gekündigten Arbeitsverträge, bedeuteten fünf Millionen Menschen und ihre Familien, die teils infolge Verzögerung der Verhandlungen, teils infolge Nicht-Einhaltung von Versprechungen durch die Unternehmer zu fünf Millionen Streikenden geworden waren. Ihnen allen ging es bei der Erneuerung der Gesamtarbeitsverträge vor allem um die Forderung nach besserer Entlohnung, verkürzter Arbeitszeit. Richteten sich diese begründeten Ansprüche vor allem an die Mächtigen der Privatwirtschaft, so wurde die Regierung verantwortlich gemacht für die steigenden Mietzinse und die prekären Wohnverhältnisse. Noch heute stehe ich unter dem starken Eindruck eines Streikes der Metallarbeiter in einer grösseren oberitalienischen Industriestadt: Da marschierten Proleten, wie wir sie in unseren Städten nicht

mehr zu sehen bekommen, Menschen, denen man ansah, dass sie nicht im Überfluss lebten, grosse Kartons vor sich hertragend, auf denen in oft unbeholfener Schrift ihre Forderungen zu lesen waren. Diszipliniert und fast schweigend zogen sie durch die Strassen.

Dank der entschlossenen, nicht immer dagewesenen Einigkeit unter den drei grossen italienischen Gewerkschaften, der sozialistischen, der kommunistischen und der Gewerkschaft der Democristiani, ist es gelungen, bis zum Jahresende 1969 ungefähr 50 Gesamtarbeitsverträge mit ansehnlichen Arbeitsverbesserungen unter Dach zu bringen. Das durch die prachtvolle und opferbereite Geschlossenheit Erreichte darf sich sehen lassen. Neben den Hauptforderungen um bessere Löhne und kürzerer Arbeitszeit, die durchwegs erreicht wurden, ist als besonderer Erfolg hervorzuheben, dass ein Vertragspunkt, die Zusicherung von Betriebsversammlungen am Arbeitsplatz und während der Arbeitszeit, sogar für die Landarbeiter durchgesetzt werden konnte.

Der Kampf war hart und langwierig für die italienische Arbeiterschaft, und der Widerstand der mächtigen Vertreter der italienischen Grossindustrie, zum Beispiel der Fiatwerke und der Pirelliunternehmungen, konnte nur nach unnachgiebigem Festhalten und Zusammenhalten gebrochen werden. Der Kampf ist noch nicht zu Ende, und bis heute treten sporadisch organisierte Arbeitsniederlegungen auf, die zeitlich begrenzt, aber bis zur Erreichung des Geforderten wiederholt werden sollen. Die streikenden Arbeiter aller Kategorien waren einer gut organisierten üblen Hetze von Seiten der unternehmerhörigen Presse ausgesetzt. Es sei hervorgehoben, dass in den vielen, zum Teil sehr bedeutenden Arbeitskonflikten die Überzahl der Arbeiter sich diszipliniert verhalten hat und dass in Fällen, wo gewalttätige Ausschreitungen vorgekommen sind, die Gewerkschaften sich geschlossen davon distanziert haben. Tausende von Streikenden – der Staat spricht von über 8000, die Gewerkschaften von über 10000 – wurden verhaftet. Eine Amnestie für einen Grossteil der Festgenommenen, die scheinbar auf Grund von Gesetzen, die noch aus der faschistischen Ära stammen, in Haft gehalten werden, wird von den Gewerkschaften gefordert.

Wir freuen uns, dass die italienische Arbeiterschaft dank der flotten Zusammenarbeit der Gewerkschaften im industriereichen Norden des Landes vorbildliche Arbeitsverhältnisse erreicht hat. Was uns in all den Wochen jedoch immer wieder zu denken gab, ist die Frage: Wann wird es für den Süden, den Mezzogiorno, des Landes besser werden? Wann wird es soweit sein, dass der Mitbürger aus dem Süden vom Norditaliener als gleichgestellt betrachtet und behandelt wird? Immer wieder musste ich feststellen, dass die Bevölkerung Norditaliens sich nicht verbunden fühlt mit dem Süditaliener und überheblich und mit Verachtung auf ihn herabschaut. Aus Briefen, Berichten und aus der Presse erfährt man immer wieder, dass es im Süden auf sozialem, hygienischem und wirtschaftlichem Gebiet nur im Schneckentempo vorwärts geht. In den südlichen Regionen ist die Kluft zwischen arm und reich erschreckend gross, und wenn ich von unterentwickelten Ländern höre, denke ich auch an den Mezzogiorno Italiens und gar oft an das Buch von Carlo Levi «Christus kam nur bis Eboli», das leider heute noch Gültigkeit hat.

In diesen Tagen ist in der italienischen Kammer die in der Verfassung der Republik verankerte Selbstverwaltung der Regionen zum Gesetz erhoben worden. Fünf der 15 Regionen Italiens besitzen bereits diese Autonomie. Man verspricht sich viel von dieser Dezentralisation der Verwaltung und der Kompetenzen. Im Frühjahr finden die Regionalwahlen statt, und innert zwei Jahren muss es sich dann erweisen, ob das neue Gesetz sich bewährt hat. Für die Democristiani ist diese Selbstverwaltung ein schwerer Stein des Anstosses, weil sie das Prinzip der Mitte-Links-Regierung auch auf die Regionen angewendet wissen möchten, das heisst auch auf die bis jetzt vorwiegend kommunistisch-sozialistisch regierten Städte und Gebiete, wie die Toskana, Umbrien, die Romagna, was die Linksparteien eindeutig ablehnen. So ist zu hoffen, dass sich in Italien die Demokratisierung und dadurch die politische Schulung des ganzen Volkes anbahnt, auch für den Süden.

Die Minderheitsregierung der Democristiani unter Rumor ist nun zurückgetreten, und es scheint, dass eine Vierparteien-, eine Centro-sinistra-Regierung, möglich wird. Möge es eine «starke Regierung» sein, wie Pietro Nenni, der alte Sozialistenführer, vor nicht allzu langer Zeit betonte, um das «Land vor dem Schlimmsten zu bewahren», die mit demokratischen Grundsätzen und geschlossen regiert, damit die schweren Vorwürfe, die in der Zeit des «heissen Herbstes» der Monoregierung gemacht wurden, und die auch die am 5. Juli 1969 auseinandergefallene Koalitionsregierung angingen, wie die Verschleppung des Wohnbauprogrammes (ich denke an den Wohnungsbau für die Erdbebengeschädigten vom Januar 1968 in Sizilien!), die Nichteinhaltung der Versprechen für Tiefhaltung der Preise und der Sperre der Mietzinse, für eine gründliche und grosszügige Reform im Volksschul-, Berufsschul- und Hochschulwesen, die Verzögerung der Steuererleichterungen usw. verstummen.

Eine starke Regierung ist bitter nötig, das hat – um rezente Geschehnisse zu nennen – der erschreckende Bombenanschlag auf eine Bank in Mailand, der 18 Tote und viele Verwundete forderte, und die Zusammenziehung der europäischen, faschistischen Jugend Ende Januar 1970 in Mailand, die mit Schlagworten, Knüppeln und Gesten, die man längst vergessen glaubte, eine grossmaulige Demonstration veranstaltete, an der bezeichnenderweise Senatoren und Abgeordnete des MSI (Movimento Sociale Italiano, lies Neofaschistische Bewegung Italiens) teilnahmen. Die Demonstration führte natürlich zu Zusammenstössen, und die Polizei nahm unter den Veranstaltern Verhaftungen vor.

Es ist selbstverständlich, dass bei einer Vierparteienregierung jeder Partner sich bewusst zu sein hat, dass das Wohl des Landes vor Parteidoktrinen kommt. Wir sind der Meinung von Pietro Nenni, der an der vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung des Zentralkomitees der Sozialistischen Partei Italiens in einer längeren Rede seinen Genossen u. a. ans Herz legte, «alle Risiken eines Misslingens einer Koalitionsregierung zu überlegen» und das Zentralkomitee einlud, sich vorbehaltlos und ohne jegliches Zögern dafür auszusprechen. «Der Beschluss sei klar und genau umrissen, ohne Missverständnis in Wortlaut und Inhalt, er sei Ja oder Nein». *Elsa Pavoni-Lezzi*